

Veranstaltung mit Autor und Wirtschaftsjournalist **Lutz Rackow** in der Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus /Stalinismus am 22. Februar 2011

**Die Gefahr des Totalitären – wird Deutschland wieder unberechenbar?
Neue Herausforderungen für unsere Zivilcourage.**

In der dritten Februarwoche hatte die Gedenkbibliothek einen „ganz besonderen Gast“, wie die Vorstandsvorsitzende Ursula Popiolek bei der Eröffnung des Abends betonte. Denn der Journalist und vormalige Berater der Robert Bosch Stiftung für Programme und Projekte in den Neuen Ländern begleitet nicht nur seit vielen Jahren die bildungspolitische Arbeit der Bibliothek, sondern habe sich, als in den neunziger Jahren der Bibliothek vom Berliner Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen die Mittel gestrichen worden waren, in dieser schweren Zeit existenzbedrohender Anfeindungen und Verleumdungen als „rettender Engel“ erwiesen. Ursula Popiolek wird nie vergessen, „wie eines Tages jemand durchs Ladenfenster schaute, die Bibliothek, die sich damals noch in der Rosenthaler Straße befand, betrat und sich als Stiftungs-Berater vorstellte. Ich informierte ihn über unsere Arbeit und verschwieg auch nicht unsere gewaltigen finanziellen Probleme. Beeindruckt von der Wichtigkeit dieser Gedenk- und Bildungsstätte stellte er daraufhin den Kontakt zur Robert Bosch Stiftung her, die uns die stolze Summe in Höhe von 80 000 DM als Förderung zukommen ließ. Damit waren wir vorerst gerettet.“

Nun hielt Lutz Rackow in der von ihm so geschätzten Gedenkbibliothek zum ersten Mal selber einen Vortrag, der sich mit unterschiedlichsten Aspekten der jüngsten deutsch-deutschen Geschichte beschäftigte. Dabei wich er häufig von seinem Redemanuskript ab, was seinem Referat allerdings keinen Abbruch tat. „Bei mir ist es halt so, dass ich meist nicht genau beim angegebenen Thema bleibe. Schon in der Schule gab mir mein Deutschlehrer mitunter einen Aufsatz mit der Bemerkung zurück, dass ich zwar interessante Ideen entwickelt habe, aber vom vorgegeben Thema abgewichen sei und so als Zensur nur eine „Zwei“ bekommen konnte.

Zu NS-und SED-Zeiten aus der Schule geflogen

Lutz Rackow gehört zu Denjenigen, die man allein schon wegen ihrer Biografie als „unbeirrbareren Gesamtdeutschen“ bezeichnen könnte. So flog er sowohl unter dem NS-Regime im Herbst 1944 von der Schule, wie auch ein Jahr später „bei den Kommunisten“. Wie er sagt, „beide Male aus demselben Grund, „wegen verweigerter Unterordnung unter politische Denkmodelle zur Zeit“. Dennoch klappte anderswo in Ost-Berlin schließlich jahrgangsrichtig das Abitur. Noch als Pennäler hatte er konspirativ und wissensdurstig am Einführungssemester der in Westberlin gegründeten damaligen „Hochschule für Politik“ teilgenommen.

Nach dem Abi absolvierte er eine „Blitz-Karriere in der Tageszeitung „Der Morgen“ der LDP, wo er nach dem unterdrückten Volksaufstand des 17.Juni 1953 indessen in das IM-Visier des LDP-Generalsekretärs Herbert Täschner (IM Tausend) geriet, der ihn bei der Stasi als einen potentiellen Westspion anschwärzte.

Nachdem sich der angebliche „Neue Kurs“ zur Liberalisierung des Lebens in der DDR alsbald wieder als eine Ulbricht-Finte erwies, schmiss er seinen Presse-Job und schrieb sich als Ostberliner an der TU-Charlottenburg für Wirtschaftswissenschaften und viel Geschichte ein. Und absolvierte dort ein Vollstudium bis zum Promotionsverfahren, beendet durch den Mauerbau. Dabei blieb er bei Familie und Elternhaus am Müggelsee, das er seit Geburt ununterbrochen bis heute bewohnt. Zuvor war er – für die damalige Zeit ziemlich viel - in Westeuropa umhergereist, meist mit dem Motorrad.

In den folgenden Jahrzehnten bis 1990 schrieb Rackow für ostdeutsche Zeitungen, Zeitschriften und Verlage sowie den Rundfunk unter insgesamt acht Pseudonymen über Kraftfahrzeug – und Straßenwesen, über vernünftiges und vorbeugendes Verhalten im Straßenverkehr, über In- und Auslandstouristik, Wassersport und andere Themen die keine Politbetrachtungen verlangten. Am häufigsten unter den Namen „Peter Roon, Friedrich Hagen, Peter Benjamin und Theo Prax“ Mehrmaligen Stasi-Werbungen und Erpressungsversuchen konnte er sich konsequent und trickreich entziehen. Eine Tätigkeit als externer Redakteur des DDR-Fernsehens wurde er los, als im Adlershofer Sender sein West-Studium ruckbar wurde.

Mit einem schwedischen Top-Journalisten und späterem Diplomaten sowie anderen Meinungsbildnern in den USA und der Schweiz gelangen ihm unentdeckte Konspirationen. Hauptthema: diese DDR ist illegitim, sowjetabhängig, volksfeindlich, unfähig in einem aufgezwungenen ineffektivem Wirtschaftssystem befangen und vor allem keineswegs anerkennungswürdig. Das erläuterte er auch in Ostberlin sogar US-amerikanischen Studenten, die ihm ein seit 1956 befreundeter Professor aus der Universität von Bloomington /Indiana als Gäste in den relativ abhörsicheren Garten an der Spree vermittelte

Schreckenserlebnisse nebenan

Schon als Jugendlicher in Uniform des „Deutschen Jungvolks“ des Hitlerstaates wurde ihm das „Führerprinzip“ verdächtig. Eines Tages berichtete ihm seine Mutter davon, wie auch in unmittelbarer Nachbarschaft des Elternhauses, bereits im Juni 1933 von der SA in einem ihrer „Sturmlokale“ Kommunisten, Sozialdemokraten, Reichsbanner-Leute, konservative Ortspolitiker, Christen und andere erklärte NS-Gegner brutal gefoltert und viele von ihnen umgebracht wurden. Die Zahl der Mordopfer aus dieser „Köpenicker Blutwoche“ wurden, gemäß Untersuchungen nach dem Krieg, auf insgesamt etwa 90 geschätzt. Seine Mutter, Erna Rackow, konnte die Erinnerungen an die tagelangen gellenden Schmerzensschreie der Gepeinigten bis zu ihrem Tode nach 45 Jahren nicht vergessen. Ihr Bruder wurde 1943 von der eigenen Ehefrau bei der Gestapo wegen „Wehrkraftzersetzung“ angezeigt, kam als Pioniersoldat in ein Strafbataillon und fiel alsbald vor Leningrad.

So glaubte der „Pimpf“ Lutz auch schon zu Zeiten von Wehrmachtssiegen an allen Fronten nicht mehr an die Sprüche seiner Jungvolkführer, drückte sich systematisch vor dem Dienst in der NS-Pflichtorganisation für die Zehn- bis Vierzehnjährigen, bastelte einen Detektor-Apparat um Radio London - während der Fliegeralarme schwiegen die deutschen Störsender - abzuhören. Und sammelte systematisch Flugblätter, die von britischen und US-amerikanischen Flugzeugen abgeworfen wurden. Dabei fielen ihm auch zwei „Brandpäckchen“ in die Hände, die dafür bestimmt waren, Sabotage in Rüstungsfabriken auszuüben. Mit 11-sprachiger Einsatzbeschreibung wohl besonders für die Millionen Fremdarbeiter in Deutschland bestimmt.

Der 11-Jährige versuchte damit 1944 das Auto des NS-Ortsgruppenleiters auf dem Parkplatz hinter dem Friedrichshagener Rathaus abzufackeln. Der Brandsatz zündete aber nicht wie von den britischen Herstellern versprochen. Glückhaft gelang es dem jugendlichen Täter, den Versager wieder in der Schulmappe zu bergen, bevor der Anschlagversuch entdeckt wurde.

Erst im November 1989 nach dem Mauerfall konnte er sich über den für Widerstandstäter gefährlichen britischen Versager im Londoner „British Imperial War Museum“ beklagen. Und dabei auch nachfragen, warum er für seine eigene, damalige Kriegssammlung von fast 200 verschiedenen Flugblättern aus den Abwürfen der Alliierten über Berlin kein einziges fand, das sich mit dem KZ des NS-Terrors befasste. Deren Existenz den Alliierten inzwischen wohl bekannt geworden war. Anfang 1945 waren im Osten schon einige von der Roten Armee befreit worden. „No coment“ an der Themse....

Bei einer Schulmappenkontrolle in der Ausweichschule von Fichtenau bei Berlin wurden indessen 1944 bei ihm Flugblätter entdeckt und es geschah der erste Rauschmiss – siehe oben. Wohl auch eine Schicksalswarnung, bei aller Zivilcourage ein absehbares hohes Risiko nicht außer acht zu lassen.

Auf die so vielschichtige Frage, ob auch in der DDR Zivilcourage ausgeübt wurde, kam er im Laufe des Abends immer wieder zurück. Und berichtete von einem Erlebnis aus einem Wartesaal der Volkspolizei in der Berliner Keibelstraße. Dort harreten einbestellte Ostberliner stundenlang auf eine Vorentscheidung über ihren Antrag auf eine Reisegenehmigung gen Westen wegen „dringender Familienangelegenheiten“. Solche wurden nach der Helsinki-Konferenz zwischen Ost und West von den DDR-Behörden notgedrungen in engem Ausmaß erteilt - oder auch ohne Begründung abgelehnt.

Ein kräftiger Mann wurde zur Luke gerufen, wo die Vorentscheidungen der Staatsmacht verkündet wurden. Er hörte wohl nur „abgelehnt“ und explodierte, griff durch das kleine Schiebefenster, packte den Vopo dahinter an beiden Schultern und schüttelte ihn durch. „Ihr Schweine“ brüllte er - völlig außer sich vor Wut. Der Geschüttelte stammelte nur „machen sie sich nicht unglücklich ...“. Schreckensstarre im Wartesaal. Der „wütende Bürger“ stürmte zum Ausgang, schmetterte die Stahltüre hinter

sich zu. „Was werden die wohl mit dem anstellen?“ blieb als bange Frage im Raum zurück.

Ein ahnungsloser Pilz in der Zeitung

Kürzlich erschien in der „Berliner Zeitung“ von einem Autor namens Dirk Pilz ein Artikel, in dem die DDR-Insassen ziemlich pauschal als angepaßte und mutlose Mitmacher bezeichnet wurden. Dieser Verfasser hat offensichtlich von den damaligen Verhältnissen überhaupt keine Ahnung. Auf einer Leserbriefseite erschien alsbald danach indessen auch eine Reihe von Zuschriften, in denen ihm lebhaft und empört widersprochen wurde.

Tatsächlich widersetzten sich damals nämlich immer mehr Menschen in Ostdeutschland offen und verdeckt auf mannigfaltige Weise den alltäglichen Zumutungen des Regimes. Sowohl partiell durch offenen Widerspruch, Verweigerung unterschiedlicher Art, bittere Witze und unverhohlene Schilderungen von Unfähigkeiten, selbst beobachteter Mißwirtschaft und notorischen Mangellagen in Wirtschaft und Gesellschaft. Mitunter durch ganze Eingabenfluten, die Bereiche des Staatsapparats streckenweise regelrecht lahm legten.

Auch ideologischer Widerstand wurde sogar innerhalb der SED mit Zivilcourage geübt. So bezog sich der Jungkommunist Rudolf Bahro in seinem Text „Die Alternative“ auf die Originalquellen der marxistischen Vordenker und versuchte damit, sich zum innerparteilichen Besserwisser der „wahren Lehre“ zu stilisieren. Worauf ihn seine Genossen schließlich einlocheten. Später starb er einen Krebstod, der als Folge heimtückischer, gezielter Bestrahlungen in der Haftzeit angesehen wird. Sein Fehler war exemplarisch: er hielt das „reale Machtsystem“ für interessiert an Einsichten in die eigene Ideologie, die jedoch von Anfang bis Ende als skrupellosen Apologie der Diktatur gemeint war und auch gar nicht anders funktionieren konnte.

Aber auch andere Kritiker bezogen sich gerne auf die zwangsweise in eher trivialen Abreibungen eingetrichterten idealistisch-materialistischen Verheißungen der Politiklassiker Marx und Engels sowie der Erstkommunistin Luxemburg in Bezug auf die Verhältnisse im „real existierenden Sozialismus“. Auch dafür war ein hohes Maß an Zivilcourage nötig. In Stasi-Berichten über Bevölkerungsstimmungen lässt sich

heute darüber trefflich nachlesen. Nicht wenige solcher erspitzelter Informationen über zivilcouragiertes Denken und Reden dürften im Laufe der DDR-Jahrzehnte viele Menschen ins Unglück gestürzt haben. War es doch die Rolle der „Diskussionen“ stets herauszubekommen, ob Diskutanten sich unterordneten oder nicht. An alternativen Wegen, geschweige denn Lösungen oder sogar Zielen im Bereich von Politik und Ideologie und anderen für die Macht relevanten Bereichen war das Regime nie interessiert.

Spektakulär war die öffentlich zelebrierte, inzwischen vielfältig historisch gewürdigte Läuterung des vormaligen Erzstalinisten Robert Havemann zum Edelkommunisten. Er hatte sich an der Humboldt-Universität in akademischer Manier an die ideologische Beratung der Machthaber versucht, dazu sogar eine Vorlesungsreihe gehalten. Und landete systemgerecht schließlich im Berufs- und Publikationsverbot mit Hausarrest. Sein Glück, dass sich die Spätkommunisten des Regimes Honecker an einen wie ihn, den von den Nazis zum Tode Verurteilten ihrerseits nicht mehr weiter heranwagten.

Am Vorabend des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 wurde Havemann indessen noch beobachtet, wie er von einem Fenster des damaligen „Haus der Ministerien“ in der Leipziger Strasse aus, demonstrierende Bauarbeiter aus der Stalinallee abzuwiegeln suchte. Zu diesen auf die Straße abzusteigen und sich Diskussionen zu stellen, wagte er wohl nicht. Das überließ er einem couragierten Altgenossen, dem vormaligen Spanienkämpfer Erich Selbmann. Der dennoch alsbald wegen seinen „idealkommunistischen“ Vorstellungen von Ulbricht abserviert wurde.

...

Wer später in Ostdeutschland bei der im kirchlichen Milieu aktiv gewordenen Bewegung von „Schwerter zu Flugscharen“ mitmachte, der bewies ein hohes Maß an Zivilcourage. Wer den Wehrdienst verweigerte, der mußte auch dann noch mutig sein, als der SED-Staat sich in seiner Spätphase gezwungen sah, den harten Ersatzdienst als Bausoldat einzuführen

Nachfolge-Zone....

Bei Gelegenheit einer persönlichen Begegnung mit Marianne Birthler empfahl Rackow statt die in Widerspruch zu den Tatsachen respektabel anmutende Selbstbe-

zeichnung des Regimes, DDR = Deutsche Demokratische Republik zu ersetzen. Und zwar durch die Formel „Nachfolgeadministration des Sowjetischen Besatzungsregimes“. Ohne dafür Zustimmung von Frau BIRTHLER zu bekommen. Tatsächlich ist es aber angebracht nie aus dem Auge zu lassen, dass diese sogenannte DDR von Anfang an eine völlig unlegitimierte Veranstaltung war, in der sich die Verwalter im sowjetischen Auftrag es nicht wagen konnten, sich auch nur ein einziges mal einer freien Wahl zu stellen. Sie waren in der gesamten Zeit ihrer Existenz nicht in der Lage, auch nur irgendein ungefälschtes Ergebnis eines Plebiszits vorzulegen. Immerhin gab es im Lande auch eine Verfassungsänderung, die einige - nie eingehaltene - demokratische Inhalte aus der 49er Fassung beseitigte.

Auch der Umstand, dass andere Staaten - und auch der andere deutsche Teilstaat Bundesrepublik - sich pragmatisch gezwungen sahen, mit dieser real existierenden Macht in Ostdeutschland umzugehen, konnten diesen fundamentalen Mangel des sowjetisch gegängelten deutschen Satelliten-Gebildes zwischen Elbe/Werra und Oder, über keinerlei Legitimität zu verfügen, nicht ausgleichen. Als Spottname wurde schon bald nach dem Mauerbau „DDR = Der Dämliche Rest“ kolportiert,

Natürlich entwickelten sich unter den Bedingungen des jahrzehntelang existierenden halbkolonialen Zwangssystems bei den Insassen auch vielfältige Verhaltensmuster gegenüber den für den Einzelnen unveränderbaren politischen Verhältnissen. Von vielen byzantinische Formen der Mittäterschaft. von angepaßtem Karrieretum, von Resignation, Feigheit und Anbiederung bis hin zum naiven Irrglauben sich „historisch richtig“ zu verhalten. Die Mehrheit war selbstverständlich bemüht, das Beste aus den Verhältnissen für das persönliche Vorankommen und die eigene Familie zu machen.

Nicht Wenige riskierten aber deutliche Distanz zum Regime. Die fast 45 Jahre von Kriegsende bis Mauerfall, immerhin ein Zeitraum so lang wie 3 1/2 Nazi-Zeiten, ließen manche Hoffnung auf ein künftig doch erlangbares Leben in Freiheit und Selbstbestimmung verkümmern....

Erst im Laufe der Jahrzehnte hat sich die Bedrückung der Bevölkerung ein wenig gemildert. Zeitweilig wurde die Versorgung besser, allmählich entspannte sich durch

massenhafte Errichtung von Plattenbauten die Wohnungsnot, verbesserte sich in mancher Hinsicht die soziale allgemeine oder spezielle persönliche Lage.

Während Ulbricht nach dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 noch höhnte „jeder Flüchtling ist ein Klassenfeind weniger im Lande“, dann später meinte „jeder der nicht gegen uns ist, ist für uns“, bequeme sich das Regime zu Honecker-Zeiten wohl intern zur Formel „wer nichts gegen uns unternimmt, der ist für uns“.

Im übrigen fanden immer mehr DDR-Insassen heraus, wie sie mit den real existierenden, von notorischen Mangellagen und dem allgemeinen pseudo-ideologischen Polittheater bestimmten Verhältnissen umgehen konnten, um ein Höchstmaß von privatem Interesse zu verwirklichen. Den Staat zu hintergehen, das Volkseigentum partiell „an sich zu nehmen“ – bei fließenden Grenzen zu Kriminalität – wurde zum Volkssport, Distanz zu den gegebenen Umständen für Viele zur Ehrensache. Worüber im vertrauten Kreis auch recht offen gesprochen wurde.

Verkümmerter Wiedervereinigungswille

Und wie entwickelte sich Zivilcourage bezogen auf eine deutsche Wiedervereinigung in Westdeutschland? Ungeachtet aller Verpflichtungen im Grundgesetz, über Jahrzehnte aufrecht erhaltener Betonung gesamtdeutscher Verantwortung und der Solidarität mit den „Brüdern und Schwestern“ in Ostdeutschland, die sich bekanntlich Besatzungsmacht und Regime nicht ausgesucht hatten. Der jahrelang gepflegte und vielfach bekundete Wiedervereinigungswille verkümmerte allmählich zum formalen Bekenntnis anlässlich von Gedenktagen. Der arbeitsfreie Feiertag 17. Juni wurde bei schönem Wetter von Vielen am liebsten zum Ausflug mit dem neuen Auto genutzt. Oder solches Gedenken an die Lage der Ostdeutschen und deren Widerstand sowie das fundamentale Wiedervereinigungsgebot wurde allmählich als eher lästig und eigentlich überholt abgewiesen.

Auf der Rutsche in die Kumpanei ...

Als die „68er-Bewegung“, alsbald von der Protestbewegung einer kritischen Nachkriegsgeneration gegen NS-Schuldverdrängung und Sittenmief über Polit-Clownerie zur minderheitlichen, wahrhaft volks- und staatsfeindlichen Untergrundszene mit

militanter Verbrecherfraktion verkam , profitierte durch diese Abart von Zivilcourage vorübergehend sogar die Sowjet-DDR. Von den grünlichen Links-Phantasten war diese gründlich als Alternativ-Angebot mißverstanden worden. Die Rutsche in das linke Abseits führte direkt zur Kumpanei mit der Tyrannei. Das Land zwischen Elbe und Oder wurde entsprechend konsequent skrupellos von den westdeutschen Polit-Chaoten zur Trainings- und Durchgangstation und schließlich sogar als Unterschlupf mißbraucht.

Diese Leute würden den Ostdeutschen nicht zum Leben in einer freiheitlich demokratischen Grundordnung verhelfen wollen. Das war auch vom Osten aus unübersehbar. Bei allem Respekt für zivilcouragierte Aktivisten gegen Atom-Energie und Global-Konfrontationen, gegen Hunger in der dritten Welt, gegen weltweite Umweltverschmutzung, Ressourcen-Vergeudung und Fremdenfeindlichkeit, für die sich kritische Bundesbürger im Schutze des Grundgesetzes zivilcouragiert einsetzten . Zumal auch dabei das Risiko der Aktivisten Hiebe durch Bedienstete der Exekutive des Rechtsstaats zu bekommen, zu beobachten war.

Die Zuhörer in der Gedenkbibliothek spendeten den Ausführungen des Referenten an diesem Abend Anerkennung durch reichlichen Beifall. Über seine weiteren Darlegungen, auch ergänzt durch an jenem Abend nicht vorgetragene Gedanken, schreibt er selbst im Text „**Neue Herausforderungen für unsere Zivilcourage**“, welcher in der Rubrik Vortragstexte nachzulesen ist.

*